

## Die GDCh zum Koalitionsvertrag

Am 27. November 2013 haben sich CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode verständigt. Er enthält Aussagen zu Bildung, Forschung und Innovation, die für die Gesellschaft Deutscher Chemiker wichtig sind. Mit diesem Papier möchte die GDCh auf einige Punkte aufmerksam machen, die aus ihrer Sicht begrüßenswert oder auch verbesserungswürdig sind. Kurze Bewertungen stehen jeweils am Ende der einzelnen Absätze.

- 1.) Bereits in der Präambel ist festgehalten, dass Deutschland zu einem der modernsten Energiestandorte der Welt entwickelt werden soll. Bei der Umsetzung der Energiewende sollen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit miteinander in Einklang gebracht und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Daher soll das Erneuerbare Energien Gesetz zügig mit dem Ziel reformiert werden, den Kostenanstieg wirksam zu begrenzen. **Diese Aussagen sind zu begrüßen, sofern sie die chemische Industrie am Standort Deutschland stärken. Die GDCh macht auf den erheblichen Forschungsbedarf zum Thema Energiewende und die Relevanz des Faches Chemie in diesem Kontext aufmerksam.**
- 2.) Das erste Kapitel „Wachstum, Innovation und Wohlstand“ enthält das Bekenntnis zum Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland, in dem große und kleine Unternehmen ihre Chancen nutzen können. Auch soll dem Unternehmertum und Gründungsgeist zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung verholfen werden. **Die GDCh begrüßt das Bekenntnis zu Unternehmertum und Gründergeist.**
- 3.) Im Unterkapitel „Rohstoffsicherung“ heißt es: Wir werden den wirtschaftlichen und umweltverträglichen Abbau heimischer Rohstoffe sowie deren Verarbeitung in Deutschland unterstützen. Wir werden für mehr Bürgerakzeptanz gegenüber der heimischen Rohstoffgewinnung werben und uns entschieden für die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der heimischen Rohstoffförderung einsetzen. **Diese Aussage bewertet die GDCh positiv und warnt vor Überregulierungen und der Stigmatisierung bestimmter Technologien.**
- 4.) Das Kapitel 1.2 „In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung“ stellt die Hochschulen ins Zentrum des deutschen Wissenschaftssystems, weil sie in einzigartiger Form Forschung und Lehre vereinbaren. Seitens des Bundes will man

den Hochschulen mehr Geld zur Grundfinanzierung zur Verfügung stellen. Außerdem soll die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes und des Pakts für Forschung und Innovation erhalten und die Wissenschaftsförderung insgesamt ausgebaut werden. Der Koalitionsvertrag sieht ferner vor: planbare und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft, Chancengleichheit im Wissenschaftssystem, eine Stärkung der Durchlässigkeit des Bildungssystems, neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern sowie den Ausbau der MINT-Bildung. Die GDCh begrüßt diese Ziele nachdrücklich und erwartet vor allem, dass die Hochschullandschaft zukünftig eine nachhaltige Grundfinanzierung und strukturelle Sicherheit erhält, was insbesondere für experimentelle Fächer wie Chemie sehr wichtig ist. Das setzt eine signifikante Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen voraus. Das Studierende-zu-Lehrende-Verhältnis ist an deutschen Universitäten ungefähr fünfmal so groß wie in vergleichbaren anderen Ländern. Die GDCh macht allerdings darauf aufmerksam, dass eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Koalitionsvertrag nicht erwähnt wird.

- 5.) Der Transfer neuer Erkenntnisse aus der Forschung in Gesellschaft und Wirtschaft soll beschleunigt werden. Die Verantwortung bei der Vollendung des Europäischen Forschungsraumes soll wahrgenommen und die EFR-Strategie auf nationaler und europäischer Ebene konsequent umgesetzt werden. Die GDCh begrüßt diese Pläne, warnt aber vor der zunehmenden Bürokratisierung des europäischen Forschungsraums und der drohenden Einschränkung der Innovationsfähigkeit des Forschungsstandorts Deutschland bei Überregulierung und geforderter oder resultierender Projektadaption an aufwändige Planungsstrukturen und -verfahren.
- 6.) Die Hightech-Strategie soll zu einer umfassenden, ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterentwickelt werden. Die Gesundheitsforschung wird weiter eine herausgehobene Stellung in den Förderanstrengungen einnehmen. Die Wirkstoffforschung soll gestärkt werden, die Energieforschung soll konsequent auf die Energiewende ausgerichtet werden. Mit der Förderung der Bioökonomie soll der Wandel von der überwiegend auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft zu einer auf erneuerbaren Ressourcen beruhenden, rohstoffeffizienten Wirtschaft vorangetrieben werden. Bei der Nuklearforschung wird die Fusionsforschung auf begrenztem Niveau fortgeführt; die Endlagerforschung wird gestärkt. Die GDCh bedauert, dass ein Bekenntnis zur Grundlagenforschung, ohne die eine nachhaltige Zukunftssicherung des Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland nicht möglich sein wird, fehlt.

- 7.) Das Kapitel 1.4 geht ausführlich auf die Energiewende, die Reform des EEG, den Klimaschutz, den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz und die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ein. Zur Beratung von Bundesregierung und Parlament bei der Umsetzung der Energiewende strebt die Bundesregierung die Bildung eines „Forums Energiewende“ für einen ständigen Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und gesellschaftlich relevanten Gruppen an. Es wird ein Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende“ eingerichtet. Zum Fracking ist u.a. zu lesen: „Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab. [...] Im Dialog mit allen Beteiligten sollen unter Federführung der Wissenschaft Forschungsergebnisse bewertet werden.“ **Um Forschungsergebnisse bewerten zu können, müssen sie allerdings erst erzeugt werden. Dass ein fundierter Dialog mit den Forschenden ausdrücklich gesucht wird, ist zu begrüßen, setzt jedoch voraus, dass auch die Forschung in diesen Bereichen aktiv unterstützt wird. Die GDCh beobachtet mit Sorge und Unverständnis, dass in der Vergangenheit die enorme Expertise gerade der Chemiker und Chemikerinnen nicht im notwendigen und möglichen Ausmaß zu Fragen der Energieversorgung der Zukunft herangezogen wurde.**
- 8.) Im Kapitel 4 „Zusammenhalt der Gesellschaft“ werden auch Umweltschutz, eine nachhaltige Entwicklung und Innovationen für mehr Ressourceneffizienz angesprochen. Es soll zu einem nachhaltigen globalen Chemikalienmanagement beigetragen werden. Die staatliche Begleitforschung zu Nanomaterialien soll verstärkt weitergeführt werden. Der Koalitionsvertrag erkennt die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an. **In den hier aufgeführten Punkten sollte nach Auffassung der GDCh der Wissenschaft mehr Gehör verschafft werden.**
- 9.) Bereits in der Präambel wird hervorgehoben, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung Kernanliegen der Koalition seien. Deshalb sollen die Mittel für Bildung im Zusammenwirken von Bund und Ländern erhöht werden. Für Forschungsinvestitionen sollen **jedoch nur** drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereitgestellt werden. **Das ist de facto ein Stillstand, der von der GDCh kritisiert wird.**

10.) Im Unterkapitel „Industrie“ werden Leitmärkte und Schlüsselindustrien aufgeführt, die ausgeweitet bzw. unterstützt werden sollen. Die GDCh bedauert, dass in diesen Ausführungen die Chemie mit keinem Wort Erwähnung findet, verklausuliert ist sie partiell in den Leitmärkten enthalten, in den Schlüsselindustrien spielt sie praktisch keine Rolle. Die chemische Industrie ist eine der stärksten Wirtschaftsbranchen Deutschlands. Bezüglich der Rahmenbedingungen und des Arbeitsmarktes muss auch von Seiten der Politik und Gesellschaft alles dafür getan werden, dass auch zukünftig in einem globaleren Markt diese Branche in Deutschland weiterhin eine Chance hat. Die Vermeidung des Begriffs „Chemie“ ist deshalb nicht zukunftsweisend. Die GDCh appelliert nachdrücklich an die Politik, die Relevanz der Wissenschaft Chemie zur Kenntnis zu nehmen und sie aktiv zu formulieren.

Frankfurt, 12. Dezember 2013